

Olga Reisner klagt gegen Tirol: Ein Jahr nach Abberufung im Fokus!

Olga Reisner klagt das Land Tirol nach ihrer Abberufung als Bezirkshauptfrau von Lienz aufgrund von Mobbingvorwürfen.

Innsbruck, Österreich - Olga Reisner, die ehemalige Bezirkshauptfrau von Lienz in Osttirol, hat vor dem Landesverwaltungsgericht Innsbruck klage gegen das Land Tirol erhoben. Dies geschah ein Jahr nach ihrem Ausscheiden aus der Bezirkshauptmannschaft. Reisner, die weiterhin als Landesbeamtin beschäftigt ist, wurde nur versetzt und will ihre Absetzung nicht akzeptieren. Die Verhandlung fand am 10. April statt und war unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Erste Details über Reisners Verteidigung sind noch nicht bekannt, während die Vorwürfe, darunter Mobbing und ein „massiver Vertrauensverlust“, bereits seit einem Jahr im Raum stehen. **Dolomitenstadt** berichtet, dass es zu dieser Abberufung gekommen ist, nachdem Mitarbeiter der Bezirkshauptmannschaft massive Vorwürfe gegen Reisner erhoben hatten.

Die Tiroler Landesregierung und die Personalvertretung beschlossen die Abberufung Reisners aufgrund eines Berichts der Dienstaufsicht. Dieser Bericht thematisierte einen „unüberbrückbaren Vertrauensverlust“ in die Behördenleitung. Der betroffene Bereich wurde zeitweise von ihrer Stellvertreterin, Bettina Heinricher, übernommen. Zusätzlich hat die Staatsanwaltschaft gegen Reisner wegen des Verdachts auf Amtsmissbrauch ermittelt, ausgelöst durch eine anonyme Sachverhaltsdarstellung. Laut **Puls24** wurden konkrete

Vorwürfe aufgrund des laufenden Verfahrens nicht veröffentlicht, jedoch berichteten Mitarbeiter von Mobbing, psychischer Gewalt und Grenzüberschreitungen.

Umfang der Vorwürfe und Reaktionen

Die Vorwürfe gegen Reisner sind so gravierend, dass die gesamte Personalvertretung der Bezirkshauptmannschaft Lienz zurückgetreten ist. Beunruhigende Zustände und ein belastetes Arbeitsklima wurden in einem Medienbrief thematisiert. Die Dienstaufsicht stellte zudem „Mängel in Führungs- und Kommunikationsfragen“ fest. Landeshauptmann Anton Mattle hebt die Bedeutung eines wertschätzenden Arbeitsumfelds hervor und bekräftigte die Notwendigkeit von Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Reisner wurde über die Abberufung informiert und zu weiteren Gesprächen eingeladen, bleibt jedoch Mitarbeiterin im Landesdienst. Eine abschließende Bewertung der dienstrechtlichen und strafrechtlichen Vorwürfe steht noch aus. **Puls24** zitiert die Ausdrücke von Betroffenen über das toxische Klima innerhalb der Behörde.

Der Kontext von Mobbing in der Arbeitswelt

Um den Hintergrund und die Auswirkungen solcher Vorwürfe besser zu verstehen, ist es hilfreich, auf den Mobbing-Report 2024 des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) zu verweisen. Dieser Report beschreibt Mobbing als ein ernstes Problem in der Arbeitswelt mit weitreichenden negativen Folgen für die Gesundheit der Betroffenen, die Unternehmen und die Kultur am Arbeitsplatz. Der Report, erstellt in Zusammenarbeit mit der Universität Leipzig, zielte darauf ab, Mobbing zu erfassen und präventive Maßnahmen zu entwickeln. **BMAS** unterstreicht die Notwendigkeit eines menschengerechten Arbeitsumfelds, um weitere Mobbing-Fälle zu verhindern und die Gesundheit der Beschäftigten zu schützen.

In Anbetracht der Vorwürfe gegen Reisner wird deutlich, dass die Diskussion über Mobbing und das Arbeitsumfeld nicht nur

lokale Ausmaße hat, sondern auch in einen breiteren Kontext von Arbeitskultur und -sicherheit eingebettet ist. Die Entwicklungen rund um Reisner werden daher auch von politischer und gesellschaftlicher Bedeutung sein.

Details	
Vorfall	Mobbing
Ursache	Amtsmissbrauch, Mobbing
Ort	Innsbruck, Österreich
Quellen	• www.dolomitenstadt.at • www.puls24.at • www.bmas.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at